

**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SPRACHHEILPÄDAGOGIK  
LANDESGRUPPE WESTFALEN-LIPPE E.V.**

1. Vorsitzende

---



Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik – Landesgruppe Westfalen-Lippe e.V.  
c/o Uta Kröger Raiffeisenstraße 13 48565 Steinfurt

LWL - Landesjugendamt  
z.Hd. Herrn Landesrat Hans Meyer  
Warendorfer Straße 21-27  
**48145 Münster**

Uta Kröger  
Raiffeisenstraße 13  
48565 Steinfurt  
Tel.: 02551-933740 Fax.: 02551-149927  
E-Mail: u.kroeger@dgs-westfalen-lippe.de

Nachrichtlich:  
Landesjugendhilfeausschuss des LWL  
z.Hd. Frau MDL Eva Steininger- Bludau  
Hellweg 34  
44577 Castrop-Rauxel

Steinfurt, 12.02.2013

**LWL Drucksache 13/1195 – Kinder mit Behinderung in Kitas/Inklusion**

Sehr geehrter Herr Meyer,

zunächst möchten wir uns auch auf diesem Wege noch einmal für die Vermittlung einer Einladung zur Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 18. Juni des vergangenen Jahres bedanken. Spätestens seit diesem Zeitpunkt verfolgen wir die Arbeit dieses Gremiums mit besonderer Aufmerksamkeit. So sind wir – leider erst unmittelbar vor der Sitzung am 19.12.2012 - auch auf die o.g. Beschlussvorlage gestoßen, die wir mit großem Interesse gelesen haben und zu der wir Ihnen im Sinne unseres fachlich orientierten Austausches miteinander gerne einige Gedanken und Aspekte übermitteln möchten.

Unter den Punkten 2 b) und 3.1 b) der Beschlussvorlage betonen Sie, dass eine Auflösung (sprach-)heilpädagogischer Kindergärten in der BRK nicht zwingend vorgesehen ist, Eltern jedoch hinsichtlich der Förderung ihres Kindes zumindest eine Wahl haben müssen zwischen den Möglichkeiten einer integrativen Betreuung und denen einer rein heilpädagogischen Gruppe. Aus der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 18.06.2012 haben wir die Zusicherung mitgenommen, dass der LWL entsprechend den Fortbestand heilpädagogischer Gruppen in Kitas für unabdingbar hält. Diese Aussage findet sich auch in der Niederschrift der Sitzung des LJHA vom 19.12.2012 wieder. Daher verwundert und besorgt uns die unter 5.2 f) inzwischen bereits beschlossene Zielsetzung, dass künftig additiv arbeitende Einrichtungen (dessen Einrichtung ja

derzeit von Ihnen forciert wird) zur Bildung gemeinsamer Gruppen aufgefordert werden sollen. Dies wird de Facto zu einer Auflösung heilpädagogischer Gruppen quasi ‚durch die Hintertür‘ und Verlust der dort vorhandenen notwendigen und effektiven Standards – die für eine ganze Reihe von Kindern nach wie vor unabdingbar sein werden - führen. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal auf unsere Ihnen vorliegenden Ausführungen vom 18.06.2012 verweisen, in denen wir ‚exklusive Förderung‘ als vielfach notwendige Voraussetzung/Basis für Chancengleichheit und Inklusion begründet haben. Auf dem Weg zu Chancengleichheit und Inklusion müssen die Förder- und Therapiemöglichkeiten, die es für Kinder mit Behinderung gibt und die sich als effizient erwiesen haben, erhalten bleiben und dürfen zu ihren Gunsten nicht beschnitten werden – dann nämlich hätte ‚Inklusion‘ einen fatalen Effekt...

Eine Maßgabe unter dem Motto ‚unbedingt alles in einen Topf (eine Gruppe...)‘ negiert die zum Teil sehr unterschiedlichen Bedarfe von Kindern mit Behinderung und ‚Regelkindern‘, wird keiner Seite wirklich gerecht werden können und sicher nicht zu der von allen Beteiligten gewünschten Chancengleichheit führen können. Den Fortbestand (sprach-) heilpädagogischer Kindergärten bzw. reiner (sprach-) heilpädagogischer Gruppen in additiven Systemen halten wir – weil fachlich indiziert – zum jetzigen Zeitpunkt uneingeschränkt für notwendig.

Wenn wir weiterhin (sprach-) heilpädagogische Gruppen/Kindergärten brauchen, weil bestimmte Kinder die nur dort vorhandenen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten auf dem Weg zur Inklusion brauchen – und in diesen Punkt besteht lt. Aussage des LJHA vom 19.12.2012 ja Konsens – halten wir es für kontraproduktiv, hier durch eine Vorgabe zur Mischung von Gruppen eine Verwässerung der erforderlichen Konstellationen zu forcieren. Vielmehr können wir uns gut vorstellen, dass sich auf der Basis der Erfahrungen eines gemeinsamen Lebens unter einem Dach gerade auch innerhalb der jetzt neu entstandenen additiven Einrichtungen kreative und der jeweiligen einrichtungsspezifischen Situation angepasste Konzepte für ein inklusives Miteinander entwickeln werden – denn alle haben dieses Ziel inzwischen vor Augen. Dies setzt unseres Erachtens seitens der Administration jedoch eher die Gewährung eines ausreichenden Freiraums zum ‚Wachsen und Entfalten‘ voraus.

Mit Befremden haben wir die Ausführungen unter 3.2 i) zur Kenntnis genommen: die Durchführung von Therapie im Gruppenraum ist keineswegs ein Zeichen der Normalität und darf sie unseres Erachtens auch nicht werden, denn auch Kinder haben ein Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre! Niemand von uns Erwachsenen würde sich einer therapeutischen Behandlung – gleich welcher Art – in einem quasi öffentlichen Raum unterziehen! ‚Therapie‘ bedeutet – ungeachtet aller methodisch-didaktischen Orientierung an den Ressourcen – immer die Arbeit an/die Beschäftigung mit den Schwächen und Einschränkungen der betroffenen Person. Dies setzt eine vertrauensvolle Beziehung zum Therapeuten und ein besonders schützendes und Freiraum

gebendes Umfeld voraus. Kinder haben durchaus ein sehr feines Gefühl für ihre Schwächen – gerade bei sprachbehinderten Kindern haben wir es häufig sogar mit einem ausgeprägten Störungsbewusstsein zu tun. Sie brauchen vor allem eine Stärkung Ihres Selbstwertgefühls. Deshalb sollten wir alles unterlassen, was Kinder mit Behinderung in ihrem subjektiven Erleben – und sei es auch nur unterbewusst - als ‚vorgeführt werden‘ empfinden könnten und ihre Privatsphäre nicht respektiert. Therapeutische Behandlung im Gruppenraum als Normalität etablieren zu wollen wird dieser Forderung sicher nicht gerecht. Das Bestreben nach Inklusion darf nicht über das Ziel hinausschießen. Gleichwohl kann eine Therapiestunde im Gruppenraum, je nach vorliegendem, individuellem Förderbedarf durchaus einmal die Methode der Wahl sein. Die Entscheidung darüber kann und darf aber ausschließlich im Ermessen der betreuenden Therapeuten und Pädagogen liegen und nicht einer Reglementierung von außen geschuldet sein.

In diesen Themenkomplex spielen auch die von Ihnen unter 2 e) und 3.2 f) genannten Aspekte mit hinein. Eine Orientierung an den Ressourcen und der Persönlichkeit aller Kinder: für den pädagogisch-therapeutischen Umgang mit den Kindern selbst ist sie voll zu unterstützen, für die (Verlaufs-) Diagnostik respektive die Erstellung und Aktualisierung eines notwendigen Förderplanes für Kinder mit einer Behinderung ist eine ‚Defizitorientierung‘ jedoch zwingend erforderlich. Ebenso wie ein ‚Expertentum für Behinderungen‘ als Grundlage für einen bedarfsgerechten, behinderungsspezifischen und fördernden Umgang mit dem betroffenen Kind unabdingbar ist.

Nichts spricht gegen Arbeits- und Interessenschwerpunkte innerhalb eines Kita-Teams. Das von Ihnen in der Beschlussvorlage postulierte ‚Expertentum‘ für einzelne Entwicklungsbereiche birgt unserer Ansicht nach jedoch die Gefahr, dass die Gesamtpersönlichkeit des einzelnen Kindes = das Zusammenspiel von verschiedenen Kompetenzen und Entwicklungsbereichen, allzu leicht aus dem Blickfeld geraten könnte, wenn ein engmaschiger und intensiver Austausch unter den Beteiligten nicht gewährleistet werden kann. Nach den uns bislang vorliegenden Erfahrungsberichten gestaltet sich jedoch genau dieser notwendige Austausch unter den personellen/zeitlichen Vorgaben der unter KiBiz arbeitenden Gruppen schwierig, da in der Gesamtheit die von den jeweiligen Stundenbuchungen der Eltern abhängigen Personalstunden häufig eine Art Schichtdienst erforderlich machen und gemeinsame Besprechungszeiten des Teams außerhalb der Betreuungszeit kaum zulassen.

In diesem Kontext scheinen uns generell die möglichen Ressourcen zur Weiterentwicklung inklusiver Konzepte vor Ort – gerade auch in den additiv arbeitenden Einrichtungen – derzeit noch zu eingengt. Hier braucht es mehr Möglichkeiten zur einrichtungsinternen Kommunikation und Diskussion.

Wie Sie aus unseren bisherigen gemeinsamen Gesprächen wissen, verstehen wir uns als dgs-Landesgruppe Westfalen-Lippe in erster Linie als Lobby der betroffenen Kinder. Dies gilt nicht nur für den vorschulischen, sondern ebenso für den schulischen Bereich. Entsprechend haben wir auch auf dieser Ebene in den vergangenen Monaten verschiedene Gespräche, u.a. mit Frau Ministerin Löhrmann und der schulpolitischen Sprecherin der Grünen, Frau MDL Sigrid Beer geführt. Inzwischen gibt es hier einen Konsens, den Frau Beer in ihrem letzten Kommunalinfo als „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ formuliert und begründet hat und den wir mit Überzeugung nur unterstützen können. Besonders im Transaktionsprozess ist es u.E. daher unabdingbar, funktionierende, erfolgreiche Systeme so lange zu erhalten bis - durch sorgfältige und umfassende Evaluation belegt – tatsächlich gleichwertige Förderkontexte etabliert werden konnten. Diesen Weg möchten wir gerne begleiten. Die notwendigen Förder-/Therapiemaßnahmen zur Rehabilitation der Kinder mit sprachlichen Beeinträchtigungen bzw. allgemein heilpädagogischem Förderbedarf sollten dabei jedoch höchste Priorität haben. Ihnen sollten sämtliche Möglichkeiten offengehalten werden damit das, was wir bislang schon für eine möglichst große Chancengleichheit tun konnten, erhalten bleibt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir den bis hierhin mit Ihnen geführten Dialog fortsetzen und so mit Hilfe unseres fachlichen Blickwinkels zu einem Gelingen von Inklusion beitragen können.

Im Namen des Vorstandes der dgs-Landesgruppe Westfalen-Lippe e.V.

Mit freundlichen Grüßen

*gez. Uta Kröger*

Uta Kröger  
1. Vorsitzende

P.S.: Im Sinne unserer Verbandsarbeit werden wir dieses Schreiben auf unserer Internetseite [www.dgs-westfalen-lippe.de](http://www.dgs-westfalen-lippe.de) öffentlich zugänglich machen.